

2 430 Seiten zur DDR-Kultur – mit Lücken

Gerd Dietrich: Kulturgeschichte der DDR, Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht 2018, 3 Bde., 2 430 S., 124,00€.

Hannes Schwenger

Ob es noch einen Sinn hat, eine gesonderte Kulturgeschichte der DDR zu schreiben? Hermann Glaser, Jost Hemand und das Autorenpaar Axel Schildt und Detlef Siegfried haben sie – in separaten Kapiteln – bereits in die umfassendere deutsche Kulturgeschichte eingeordnet. Oder sollte man sagen: untergeordnet? Aber auch eine spezielle Kulturgeschichte der DDR von Frank Hoffmann (2014) ist nicht unproblematisch, weil sie die unverzichtbare Populärkultur nicht ausreichend berücksichtigt.

Gerd Dietrich, Kulturwissenschaftler und Emeritus der Humboldt-Universität, versucht es auf breiterer Basis noch einmal. Als einstigem Mitarbeiter an der Wissenschaftsakademie der DDR und dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED kann ihm niemand vorwerfen, die DDR sei ihm fremd geblieben. Mit seiner Kulturgeschichte der DDR holt er nach, was die DDR selbst versäumt hat. Zu ihrer Zeit erschienen dort zwar mehrere Kunst- und Literaturgeschichten, sogar eine der Bundesrepublik, und Hermann Raums „Die Kunst der BRD und Westberlins“, aber nur ein dünner Abriß der Kultur in der DDR (1981) aus der Feder von Joachim Streisand. Der fehlt erstaunlicherweise sogar in Dietrichs Bibliografie, vielleicht, weil er nur in den Westausgabe bei Pahl-Rugenstein als Kulturgeschichte der DDR firmierte. Mit seinem erweiterten Kulturbegriff und einer Definition von Kulturgeschichte als „Aufstieg zum Konkreten“ nahm der 1980 verstorbene Nationalpreisträger immerhin einen ersten Anlauf, den er fast subversiv (und in holprigem Deutsch) begründete: Zwar verdiene die Kulturpolitik der SED besondere Aufmerksamkeit, aber „gleichwohl fallen Geschichte der Kulturpolitik und Kulturgeschichte nicht miteinander zusammen.“

Gerd Dietrich benötigt 2 400 Seiten für seine umfassende Chronik des kulturellen Lebens und der Lebenskultur der SBZ/DDR und deren Überformung durch die Kulturpolitik der SED. Dabei muss er seine Vorläufer überholen, ohne sie einzuholen, wenn er feststellt: „Eine zusammenfassende Geschichte der Kultur in der DDR bzw. eine Kulturgeschichte der DDR gibt es nicht, nicht einmal eine Gesamtgeschichte ihrer Kulturpolitik.“ Zwar wüssten „doch alle“ um deren Komplexität und Widersprüche, aber allein er habe endlich nach vier Jahrzehnten Forschung und Lehre „das Nachschlagewerk geschrieben, das ihm dabei immer gefehlt hat.“ Zumal jüngere Leser könnten darin „von Dingen erfahren, die ihnen womöglich gänzlich unbekannt sind, weil sie im bisherigen Bild der DDR nicht vorkommen.“

Wer sich die Lektüre der vielen Titel auf Dietrichs Literaturliste ersparen will, kann diesem Kompendium bis auf wenige fehlende Namen der frühen DDR – in der Literatur zum Beispiel Boris Djacenko, Berta Lask und Theo Harych – vertrauen. Das gilt selbst für den Ausblick auf die späte „Weite und Vielfalt“ der DDR-Künste und einen Kulturbegriff, der auch Architektur, Städtebau, Arbeits- und Umwelt, Kirchen, Sport und die Massenmedien Kino, Radio, Fernsehen umfasst. Ein Seitenblick fällt auf die Hobby- und Sammlersparten des DDR-Kulturbunds. Auf Feldern wie Städtebau und Fotokunst leistet das Buch sogar mehr als einen bloßen Überblick über Bekanntes. Dafür wird die Unterhaltungskultur nostalgisch breitgewalzt und sogar Frank Schöbels Schnulze „...denn wir brauchen keine Lügen mehr“ zum doppelsinnigen „Höhe- und Schlusspunkt der DDR-Schlagergeschichte“ hochstilisiert.

Alles in allem hat sich die DDR – wie die Weimarer Republik und die Bundesrepublik im Einigungsvertrag 1990 – stets als „Kulturstaat“ verstanden, aber unter diesem Etikett in den vier Jahrzehnten ihrer Existenz sehr verschiedene Wege eingeschlagen: vom Erbe der Deutschen Klassik, der bürgerlichen Kultur des 19. Jahrhunderts und der sozialdemokratischen Arbeiterkultur über Walter Ulbrichts „Kulturrevolution“ in ihrer leninistischen (technisch-wissenschaftlichen), stalinistischen („Sozialistischer Realismus“) und maoistischen Variante („Bitterfelder Weg“ bis zu Erich Honeckers „Sozialistischer Kulturnation“). Der von Stalin der SED verordnete „Sozialistische Realismus“ wurde zwar zwanghaft durch alle vier Jahrzehnte der DDR aufrechterhalten, aber schon bald zur bloßen Methode herabgestuft. Ein Versprecher des Staatsdichters KuBa beim Verlesen einer Grußadresse des Zentralkomitees löste homerisches Gelächter aus, als er statt der Methode die „Mode“ des Sozialistischen Realismus proklamierte.

Dietrich unterteilt die Kulturgeschichte der DDR, abweichend von der bisher üblichen Periodisierung, in eine Kultur der Übergangsgesellschaft 1945 bis 1957, der sozialistischen Bildungsgesellschaft 1957 bis 1976 und der „Konsumgesellschaft“ 1977 bis 1990. Eine weitere Zäsur markieren bei ihm die beiden Aufbaugenerationen der DDR, die im NS-Staat geborenen Ein- und Aufsteiger im neuen Staat und die in die DDR „Hineingeborenen“, die Achtundsechziger der DDR, von denen der Soziologe Wolfgang Engler meint, sie seien zweimal gescheitert: 1968 mit dem Bekenntnis zum Prager Frühling und 1989 mit ihrer Utopie einer besseren DDR. Vielleicht, weil die meisten gar nicht politisch motiviert waren, sondern als „Kultur-Achtundsechziger“ (auf 50 Prozent der DDR-Jugend geschätzt) vor allem eine Kulturrevolution anderer Art – Rockmusik, Bluejeans, sexuelle und Reisefreiheit – im Sinn hatten?

Ganz gegen die erklärte Absicht des Autors gerät Dietrichs Darstellung dann doch über viele hundert Seiten zum Referat und Kommentar der DDR-Kulturpolitik, vielleicht, weil es unter deren Diktat und Zensur nur wenige Manifestationen einer gelebten Kultur „von unten“ gab. Zu ihrer Rekonstruktion muss sich Dietrich vor allem an literarische Zeugnisse halten wie die offenherzigen (erst nach dem Ende der DDR publizierten) Tagebücher Brigitte Reimanns, Erich Loests Autobiografie und dessen legendären Roman *Es geht seinen Gang*, Heiner Müllers zynische Kommentare aus der Endzeit der DDR und das vergebliche Aufbegehren kritischer, aber in Bezug auf das Projekt DDR loyaler Geister wie Volker Braun, Christoph Hein, Stefan Heym, Christa Wolf und Stephan Hermlin. Auch die aus der DDR Vertriebenen wie Rudolf Bahro, Wolf Biermann, Jürgen Fuchs, Sarah Kirsch und Gerhard Zwerenz kommen cursorisch zu Wort, obwohl ihr Exil in der Bundesrepublik ein eigenes Kapitel wert wäre. Hat Dietrich darauf verzichtet, weil er Stephan Hermlins Attacke gegen die „Flüchtlingsgespräche“ exilierter DDR-Autoren teilt, Flüchtlinge seien „nur wir, die Antifaschisten. Diese Herrschaften sind Ausreiser. Ausreiser mit Sack und Pack, bei hellichtem Tage, mit schönen Papieren, auf ihre eigene Veranlassung und oft mit freundlicher Verabschiedung“?

Das war von Hermlin eine Perfidie, bei Dietrich zumindest Verdrängung der Wirklichkeit von Verfolgung, Flucht und Ausbürgerung mehr als einer Autoren- und Künstlergeneration der DDR. Für so manchen der so unterschlagenen „Ausreiser“ führte der Weg sogar über den Gulag (wie für Horst Bienek) und über Haftanstalten der DDR (wie für Martin Pohl, Siegfried Heinrichs und Ulrich Schacht). Die Liste der drangsalierten Exilanten reicht von den ersten bis in die letzten Tage der DDR – von Heinz-Winfried Sabais über Johanna Moosdorf, Werner Wilk, Wolfgang Haedecke und Peter Jokostra (seine Anthologie *Ohne Visum. Lyrik-Prosa-Essays aus dem Osten geflohener Auroren* rief ihre Namen schon 1964 ins Gedächtnis) bis – Ende des Alphabets, nicht der ganzen Liste! – zu Gerald Zschorsch. Bei den Malern wären Rainer Bonar, Werner Kilz, Gil

Schlesinger und Ernst Schroeder zu nennen, an Publizisten und Journalisten unter anderem Matthias Walden und Rolf Mainz.

Für sich und seine „ausgereisten“ Kollegen hat Gerhard Zwerenz in seiner Autobiografie *Der Widerspruch* 1974 den Anspruch auf Zugehörigkeit erhoben: „Warum sollte die DDR der einzige Staat in der Welt sein, der eine auswärtige Literatur im Sinne von außerhalb seiner Grenzen wohnenden Autoren nicht besitzt?“ Ihre Ausbürgerung aus der Kulturgeschichte der DDR ist ein ernsthafter Mangel. Ein anderer ist die Bezeichnung der jüdischen Massenflucht 1953 aus der DDR vor stalinistischer Verfolgung als „Massenpsychose“ (Dietrich). Kleinere Mängel, Autoren- und Lektoratsversehen wie Namensverwechslungen und Buchstabierfehler sind beim Umfang des Werkes verzeihlich. Gerd Dietrichs rühmenden Nachruf auf den Palast der Republik verbuchen wir unter Geschmackssache.

Große Gefängnisgeschichte

Tobias Wunschik: Honeckers Zuchthaus. Brandenburg-Görden und der politische Strafvollzug der DDR 1949–1989. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1 017 S., 70,00€.

Bernd Knabe

Tobias Wunschik, seit 1993 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Forschung der Stasiunterlagenbehörde, hat – nach zahlreichen Vorarbeiten in den letzten 25 Jahren – 2018 ein umfangreiches Werk zu „Honeckers Zuchthaus“ veröffentlicht, das er Anfang April 2019 in der früheren MfS-Zentrale (Campus für Demokratie) vorgestellt hat. Als Ziel seiner Arbeit bezeichnet Wunschik die umfassende Darstellung der Geschichte des „Zuchthaus an der Havel“ – im Kontext einer Darstellung des politischen Strafvollzugs in der DDR insgesamt, da ein solcher Überblick bisher fehle. Dagegen gehöre die politische Justiz nach seiner Einschätzung „zu den am besten erforschten Bereichen der DDR-Geschichte“ (S. 50). Es geht ihm einmal darum, verbreitete Missverständnisse in Bezug auf das Zuchthaus Brandenburg-Görden aufzuklären (die Anstalt sei ein „Symbol des antifaschistischen Widerstandes“ gewesen, dort hätten nach 1945 vor allem Schwerverbrecher gesessen, insgesamt sei sie aber nicht so wichtig gewesen). Als Novum seiner Arbeit hebt er die Behandlung der Komplexe „Disziplinierung der Aufseher“ und „Agieren der Staatssicherheit im Strafvollzug“ hervor. Er geht davon aus, dass sich die gewonnenen Erkenntnisse „vermutlich auf andere Haftanstalten übertragen“ lassen (S. 30).

Das Literaturverzeichnis umfasst 50 Seiten und dürfte für viele Interessierte eine wichtige Suchfunktion erfüllen; es gibt einige „Fehlstellen“, beispielsweise der Aufsatz von Ehrhart Neubert über „Politische Verbrechen in der DDR“ in dem von Stéphane Courtois herausgegebenen Schwarzbuch des Kommunismus oder die Dissertation von Julia Spohr über das Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen. Wunschik hat umfangreiches Archivmaterial ausgewertet, obwohl – wie er konstatiert – die Gefängnisunterlagen zu 90 Prozent vernichtet und „personenbezogene Häftlingsakten“ der Forschung nicht zugänglich seien. Auch deshalb wäre es wünschenswert gewesen, wenn der Verfasser einen systematischen Überblick über die genutzten Archivbestände beigefügt hätte. 2001 hat er zehn Interviews mit ehemaligen Häftlingen führen können, fünf weitere folgten in den nächsten Jahren. Interviews mit früherem Gefängnispersonal wollte er zunächst nicht aufnehmen, doch habe er 2016 eine Ausnahme gemacht, nachdem sich der letzte Gefängnisleiter Udo Jahn an ihn gewendet hatte. Warum er dieses

Interview berücksichtigt hat, bleibt unklar. Detailliert werden zehn individuelle Häftlingsschicksale geschildert (S. 607–656). 22 Tabellen und 29 Abbildungen ermöglichen dem Leser einen leichteren Zugang zu Teilbereichen der Untersuchung. Bei den Abbildungen 5, 6 und 7 mit Lagerplänen des Gefängnisses fehlen Hinweise auf die Quelle und beim Schema „Funktionsweise des Strafvollzugs“ fehlt eine Zeitangabe.

Aufgrund der Titelhervorhebung „Honeckers Zuchthaus“ erwartet der Leser Informationen über die Rolle, die das Zuchthaus im Leben Erich Honeckers gespielt hat, und darüber, ob sich seine dort gemachten Hafterfahrungen auf spätere Entscheidungen des Sicherheitsfachmanns und späteren Partei- und Staatschefs ausgewirkt haben. Honecker verurteilte Ende 1957 entschieden „liberales und kumpelhaftes Verhalten der Aufseher“ gegenüber politischen Gefangenen, die keinesfalls als Kalfaktoren eingesetzt werden sollten, und warnte vor einer „übertriebenen Betonung der erzieherischen Faktoren“; noch 1977 wollte er Schwangeren keine Haftverschonung zugestehen. Wichtig war für Honecker eine „angemessene“, das heißt für ihn akzeptable Darstellung der Verhältnisse im NS-Zuchthaus. Die Abteilung für Sicherheitsfragen des ZK der SED informierte Honecker über ein Manuskript des Arbeitsausschusses antifaschistischer Widerstandskämpfer über das Zuchthaus, das auch Kapitel über die illegale Arbeit der KPD enthielt. Honecker vermerkte am 10. September 1974 handschriftlich, das Manuskript sei ungeeignet und „nicht einmal für das Archiv“ geeignet. Beim Manuskript eines „Ehrenbuchs der in Brandenburg hingerichteten bzw. umgekommenen Häftlinge“ kritisierte er, dass auch Homosexuelle und V-Leute aufgeführt seien; die bereinigte Fassung erschien 1986 als „Ehrenbuch für die in Brandenburg-Görden ermordeten Antifaschisten“. Möglicherweise hätte Wunschik durch Berücksichtigung beispielsweise der Honecker-Studien von Henrik Eberle (2000) und Ulrich Völklein (2003) den Stellenwert des Gefängnisses Brandenburg-in der Gedankenwelt Honeckers dem Leser näher bringen können.

Über Theorie und Praxis des Strafvollzugs in der SBZ/DDR wird der Leser umfassend informiert, angefangen von der obersten Entscheidungsebene über die unmittelbar für den Strafvollzug zuständigen Polizeiorgane des Innenministeriums und die auf jeder Ebene präsenten Organe des MfS. Die zentralen Entscheidungen trafen die SED-Führung, das MfS, das Innenministerium, die Generalstaatsanwaltschaft und das Justizministerium. Mitunter habe es, insbesondere in der Ulbricht-Zeit, zwischen den Chefs dieser Institutionen Differenzen gegeben. Zu Recht weist Wunschik darauf hin, dass es oft nicht einmal das Politbüro war, das die entscheidende Stimme hatte, sondern – unter Honecker – ein „Führungszirkel“ (S. 93). Aufschlussreich ist die Skizzierung der Entwicklung des Gefängnisystems in den Jahren 1945 bis 1950, die freilich viel Raum beansprucht. Nach dem partiellen Rückzug sowjetischer Organe haben Justizfunktionäre wiederholt versucht, ihre strafrechtlichen Vorstellungen aus der Zeit vor 1933 wiederzubeleben. Ab 1950 kamen derartige Vorschläge nicht mehr auf die Tagesordnung. Interessant sind Hinweise, DDR-Behörden bzw. Ulbricht selbst seien 1960 und 1961 nicht bereit gewesen, sowjetische Vorschläge zur „Perfektionierung“ des Strafsystems zu übernehmen (S. 89 f). Insgesamt wird dem Leser der Eindruck eines regelrechten „Zickzack-Kurses“ der Strafvollzugspolitik – Schwanken zwischen hartem und weichem Kurs – vermittelt.

Im Innenministerium hatte die „Verwaltung Strafvollzug“ die Aufsicht über die Gefängnisse in der DDR, nicht aber über die Untersuchungshaftanstalten, die dem MfS unterstanden. Sie setzte, in Abstimmung mit dem MfS und der zuständigen ZK-Abteilung – und entsprechend den Bestimmungen der Nomenklatur – das Leitungspersonal in den Gefängnissen ein. Auf zwei Feststellungen Wunschiks sei besonders hingewiesen: Es habe zwar von Zeit zu Zeit „Kontrolleinsätze“ des MfS und der „Verwaltung Strafvoll-

zug“ des Innenministeriums gegeben, doch würden bei Durchsicht der vorliegenden Berichte die „üblichen blinden Flecke des DDR-Berichtswesens“ deutlich. Fehlende Transparenz sei auch darauf zurückzuführen, dass viele dienstliche Anweisungen des Innenministeriums an die Gefängnisleiter nur mündlich erfolgten (S. 663, 665). Als eine besonders schillernde Figur porträtiert Wunschik Fritz Ackermann, Leiter des Gefängnisses Brandenburg-Görden von 1958 bis 1982, der sich selbst als „strengster Anstaltsleiter der DDR“ sah (S. 273). Er habe über Jahrzehnte MfS- und SED-Vertreter „bekämpft“, sein eigenes Spitzelwesen unterhalten und sich in großem Stil an der Arbeit der Gefangenen bereichert (S. 215). Obwohl diese gesetzwidrigen „Eigenheiten“ den übergeordneten Kontrollorganen bekannt waren, hatten diese – abgesehen von einer „Operativen Personenkontrolle“ des MfS und einigen Disziplinarverfahren – keine negativen Folgen für ihn. Allerdings relativiert Wunschik die Stellung Ackermanns: Trotz seines Auftretens hatte das MfS „das Heft in der Hand“ (S. 717). Eine gewisse Anerkennung gibt es auch bei Wunschik, wenn er konstatiert, Ackermann habe Brandenburg-Görden „mit viel Geschick“ geführt (S. 206). Als Schutzpatron hatte er Innenminister Dickel, außerdem gute Beziehungen zu sowjetischen Stellen. Als im Zusammenhang mit der Einweihung eines luxuriösen Gästehauses für Mitarbeiter des MdI und der Potsdamer Polizeibehörde Kritik an Ackermann laut geworden war, äußerte Dickel: „Was mit Oberst Ackermann geschieht, bestimme alleine ich.“ (S. 213) Erst der extrem luxuriöse Innenausbau seines von Häftlingen erbauten Hauses führte letztlich zu seiner Entlassung. Vor dem Landgericht Potsdam hat Ackermann im Sommer 1994 betont, es habe „kein einziges Strafverfahren gegen Aufseher in Brandenburg-Görden“ gegeben (S. 395).

Wichtig sind die von Wunschik erarbeiteten Daten zu Medizinern, Psychologen und Seelsorgern im Zuchthaus Brandenburg. In den siebziger Jahren gab es in der Krankenstation mit 100 Betten zwei bis drei hauptamtliche Mediziner und dreizehn externe Vertragsärzte, später bis zu siebzehn. Daneben wurden zwanzig bis dreißig Häftlinge als „Häftlingsärzte“ oder Pfleger eingesetzt. Der Chefarzt wurde – noch 1988! – als GMS verpflichtet. Nach Wunschiks Erkenntnissen haben die Aufseher entschieden, ob ein Häftling die Krankenstation aufsuchen durfte; dies wurde Misshandelten erst erlaubt, nachdem sie eine Erklärung über „korrekte Behandlung“ unterschrieben hatten. Ab 1975 wurden Strafvollzugspsychologen eingestellt. Eine perfide Rolle spielte der „Psychologe“ Helmut Wiegand, der als MfS-Angehöriger/OibE fungierte. Eingelieferte Häftlinge untersuchte er mit dem Ziel herauszufinden, wer als Spitzel in Frage kommen könnte, und wer sofort unter operative Kontrolle gestellt werden sollte; zu seinen Dienstpflichten gehörte auch die Untersuchung ausreisewilliger Häftlinge. Evangelische und katholische Geistliche, von denen einige als IM verpflichtet waren, durften Gottesdienste und fallweise auch Sprechstunden abhalten. Die 1977 modifizierte Strafvollzugsordnung sah ein „Recht auf religiöse Betätigung“ vor (S. 341). Detailliert schildert Wunschik den jahrzehntelangen dem MfS zuarbeitenden Pfarrer Eckart Giebler, der für die Haftanstalten Brandenburg-Görden, Hoheneck, Cottbus und Bautzen II zuständig war; er sei der „wichtigste Spitzel“ gewesen (S. 733). Er war ab 1990 wieder Pfarrer in Brandenburg-Görden und unterschrieb einen Auflösungsvertrag erst, nachdem seine IM-Aktivitäten bekannt geworden waren.

Bei der Verteilung verurteilter Bürger auf die Gefängnisse haben die Vollzugsorgane nach Ansicht Wunschiks die räumliche Nähe zu Verwandten berücksichtigt, um ihnen zu lange Anfahrten bei Besuchen zu ersparen (S. 475). Ein solcher „humaner Ansatz“ müsste überzeugender belegt werden. Modalitäten der Unterbringung, Behandlung und des Arbeitseinsatzes der Häftlinge werden genau beschrieben. Die Aufseher waren an-

gehalten, die Häftlinge als „Feinde“ zu betrachten. Misshandlungen waren an der Tagesordnung, durften freilich außerhalb des Gefängnisses nicht publik werden; bei „Ungehorsam“, beispielsweise Arbeitsverweigerung oder Hungerstreik, konnten fallweise auch Arrest oder Isolationshaft verhängt werden; das MfS habe diese Maßnahmen auch ohne Vorliegen eines disziplinarischen Vorgehens anordnen können (S. 384). Wunschik ist einerseits davon überzeugt, dass der Arbeitseinsatz der Häftlinge „nicht wirklich lukrativ“, sondern ein „Verlustgeschäft“ für die DDR gewesen sei (S. 472). Andererseits seien die Vollzugsorgane intensiv bemüht gewesen, die nach Amnestien stark zurückgegangene Zahl der Häftlinge wieder aufzufüllen, um den angeschlossenen Betrieben dringend benötigte Arbeitskräfte zuführen zu können, das treffe insbesondere für die Amnestien von 1972 und 1987 zu (S. 84, 939). Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen sollten speziell ausgewählte „Haftstaatsanwälte“ gegen Missstände vorgehen und Beschwerden der Häftlinge entgegennehmen. Wunschik hat keine Belege gefunden, die für Konsequenzen solcher Aktivitäten sprechen würden (S. 123).

Es habe zwar keine offiziellen Anweisungen gegeben, politische schlechter als kriminelle Häftlinge zu behandeln, in der Praxis war es aber so. Ebenso wurde die auf Gewalt der Kriminellen beruhende „Rangordnung“ innerhalb der „Häftlingsgesellschaft“ geduldet. MfS und Gefängnispersonal hatten erhebliche Möglichkeiten zur Manipulation des Verhaltens der Häftlinge. Dabei ging es einmal um die Einteilung für eine bestimmte Arbeitsstelle, die Gewährung von „Vergünstigungen“ sowie die Inaussichtstellung ihrer Berücksichtigung bei einer bevorstehenden Amnestie oder eines „Gnadenerweises“. Ab 1976, nachdem auch Häftlinge einen Ausreiseantrag – nach Wunschik die „häufigste Form des Protestes“ (S. 928) – stellen konnten, kam der Beurteilung eines ausreisewilligen Häftlings eine erhebliche Bedeutung zu. Insofern sei es nicht verwunderlich, dass Häftlinge oft bereit gewesen seien, Spitzeldienste zu übernehmen. Wunschik plädiert dafür, vor dem Hintergrund der skizzierten besonderen Gegebenheiten, die IM-Tätigkeit eines Häftlings entsprechend einzuordnen. Auf der anderen Seite hat es ausgeprägtes widerständiges Verhalten, auch in Form von Betriebs sabotage, gegeben. Allerdings haben sich die zur Arbeit eingesetzten Häftlinge am 17. Juni 1953 nicht den Demonstranten angeschlossen (S. 188). Hervorzuheben sind Hinweise auf zwei Widerstandsgruppen, die Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre bestanden haben, auf die große Anzahl heimlich hergestellter und verteilter Radios und auf die – mit hohen Strafen bedrohte – Verbreitung der Knastzeitung *Der Brandenburger Hammer* (S. 422, 762). Ausführlich befasst sich Wunschik mit der Funktion des Zuchthauses im Spannungsfeld zwischen Ost und West, mit dem Kenntnisstand des Westens hinsichtlich des Haftregimes sowie mit den Versuchen der DDR-Führung, ausländischen Besuchern den Strafvollzug als „normal“ zu präsentieren. Das traf insbesondere für die Jahre 1956 bis 1960 und dann wieder für die Jahre 1985 bis 1987 zu. Ein Anfang 1989 entwickelter Plan, Brandenburg-Görden als „Vorzeigeobjekt“ für den erwarteten Besuch einer Delegation der UN-Menschenrechtskommission zu präparieren, ist dann allerdings nicht realisiert worden (S. 307, 846–861). Einige formale Mängel dürften zu Lasten der Lektoren gehen. So wird Otto Grotewohl mitunter als „Staatspräsident“ vorgestellt (S. 264, 926); es besteht keine Klarheit über das „Sekretariat des ZK der SED“ (wiederholt als „Zentralsekretariat“ bezeichnet), zudem werden die Strafrechtsänderungsgesetze als „Strafrechtsergänzungsgesetze“ (S. 302, 589) bezeichnet. Missverständlich sind Passagen, in denen eine „Einsicht des Politbüros“ diagnostiziert wird, bei denen es sich aber um die Interpretation einer Schlussfolgerung Falco Werkentins durch den Verfasser handelt (S. 277, 563). Insgesamt handelt es sich zweifellos um eine wertvolle Arbeit, die freilich durch Konzentration auf „Honeckers Zuchthaus“ lesbarer geworden wäre und bei entsprechender Straffung vermutlich einen größeren Leserkreis finden würde.

Biermann, Fischer, Marek und der Kommunismus

Jochen Stadt

Wolf Biermann: Warte nicht auf bessere Zeiten. Die Autobiographie, Berlin: Propyläen 2016, 543 S., 28.00 €

Maximilian Graf und Sarah Knoll (Hrsg.): Franz Marek, Beruf und Berufung Kommunist. Lebenserinnerungen und Schlüsseltexte, Wien: mandelbaum kritik & utopie 2017, 347 S., 25.00 €

Maximilian Graf/Sarah Knoll/Ina Markova und Karlo Ruzicic-Kessler: Franz Marek – Ein europäischer Marxist. Die Biografie, Wien: mandelbaum kritik & utopie 2019, 315 S., 25.00 €

Wolf-Karl Biermann hat sich, seinen Lieben und Freunden zum achtzigsten Geburtstag eine wunderbare und anrührende Autobiografie geschenkt. Sie ist in Rezensionen hochgelobt und von einigen Missgünstlingen wie Willi Winkler in der Süddeutschen Zeitung allerdings auch verrissen worden. Wolf Biermann ist Narziss und Goldmund in einer Person und zweifelsohne ein Ich-Männchen. Das stört vor allem andere Ich-Männchen und Besserwisser, die den Dichter-Sänger mit Häme belegten. Unvoreingenommen betrachtet, ist Biermann eine extraordinäre Figur der deutsch-deutschen Zeitgeschichte, ein antiautoritärer, wacher und weltgewandter Politpoet, der sich das offene Wort weder von den Schranzen des SED-Regimes verbieten ließ, noch später im Westen von seinen linken Freunden und noch später in seinem wiedervereinigten Vaterland auch nicht von den hohen und kleinen Zeitgeistpriestern.

Obwohl das Buch vor drei Jahren erschien, gibt der dreißigste Jahrestag des Mauerfalls Anlass, es wieder zur Hand zu nehmen und darin zu lesen. Die Biermann-Autobiografie ist nämlich ein Geschichtsbuch der besonderen Art, das nebeneinander beschwingte und schmerzliche Episoden aus seinem Leben und deutsch-deutsches Mit- und Gegeneinander Revue passieren lässt – fabelhafte Anekdoten aus nicht unbedingt komfortablen Zeitläufen, zumindest bis 1976, als es zur Ausbürgerung aus der DDR kam, der seine ansehnlichen Irrwege im Westen folgten. Der begnadete Selbstdarsteller hat nie aufgehört, gegen das zu wettern, was er für Unrecht hielt. Manchmal lag er dabei schief, häufig aber traf er auf den Punkt. Biermanns vorliegender Rechenschaftsbericht über das eigene Leben verschweigt seine vielen kleinen und großen Windungen und Wendungen nicht. „Nur wer sich ändert, bleibt sich treu“. Für einen Moment träumte Biermann 1989 „wieder den Traum der Commune des Paris“. Im ersten Schock war er gegen eine Wiedervereinigung, „gegen einen flotten Anschluss an das siegreiche Westdeutschland“. Doch dann legte das „dumme Volk“ 1989 ein Tempo vor, „dem kaum ein Intellektueller oder Politiker folgen konnte. Das ist die böse Ironie der Geschichte: Am Ende blieben zwei verfeindete Minderheiten übrig, wobei jede auf ihre Weise den Staat DDR retten wollte – die Bonzen ihre Macht und Privilegien, die linken und protestantischen Oppositionellen ihre Illusionen. Die Gegner von gestern standen plötzlich Schulter an Schulter auf verlorenem Posten gegen ein Volk aus gelernten Untertanen [...]. Die gemeinen DDR-Bürger wollten nichts mehr hören von einem ‚Sozialismus mit menschlichem Antlitz‘, der unsere Gemüter 1968 verzaubert hatte. Die Mehrheit hatte das totalitäre Tierexperiment mit lebenden Menschen ein für alle Mal statt.“ Das ist gut beschrieben, wie Biermann es miterlebt hat.

Keiner sang so inbrünstig wie Biermann vom „Jesus Christus mit der Knarre“ alias Che Guevara, bei dem man durchsah, klarsah und wusste, was wahr war. Dafür liebten wir jungen Linken ihn. Keiner sang so schön böse über „Drei Kugeln auf Rudi Dutschke“ mit der Kugel Nummer eins aus Springers Zeitungswald. Da hat sich niemand träumen lassen, dass der so gut böse Sänger Jahrzehnte später für eben diesen Zeitungswald schreiben würde, was heutige junge Linke ganz und gar nicht verstehen können. Der alte Biermann ist eben ein ganz anderer geworden als es der junge Biermann werden wollte. Wer das verstehen will, kann es in seiner dicken Lebensbeichte ergründen. Es sind schon starke Stücke, wie der junge West-Ost-Wanderer Helene Weigel und Hanns Eisler für sich einnahm, allein für diese frühen Anekdoten und weitere ähnliche aus späteren Zeiten lohnt sich die Lektüre der Biermann-Erinnerungen. Neben seinen exorbitanten Tagebuchaufzeichnungen, Bergen von Zeitungsausschnitten und Büchern aller Art stützte sich der Dichter beim Schreiben seiner Wahrheit auch auf abertausende Seiten aus Stasiakten.

Die Stasi-Eckermänner rückten ihm im Osten wie im Westen immer und immer wieder auf die Pelle. Er zählt fünfzehn MfS-Spitzel in seinem näheren Umfeld und noch zehnmal mehr, die sich bei der Staatssicherheit über ihn das Maul zerrissen. Manche von ihnen taten es, weil sie „das Recht auf Feigheit“, wie Heiner Müller es nannte, für sich in Anspruch nahmen, andere, weil es ihnen Vorteile brachte und wieder andere, weil ihnen zwei Diktaturen das moralische Empfinden ausgetrieben hatten. So einer war Hans Bunge, Dramaturg bei Brecht und Eislers Biograf. Bunge, Jahrgang 1919, war Hitlerjunge und ab 1938 NSDAP-Mitglied, er diente in der von Erwin Rommel geformten 7. Panzerdivision, kämpfte in der Schlacht am Kursker Bogen und geriet als Oberleutnant in sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus der er nach sechs Jahren in die gerade gegründete DDR zurückkehrte. Nach dem Germanistikstudium in Greifswald war er zwischen 1953 und 1956 Dramaturg und Regieassistent bei Brecht, er promovierte 1959 und leitete bis 1961 das Brechtarchiv. Später arbeitete er als Redakteur bei Sinn und Form. Kurzzeitig war er auch freiberuflicher Dramaturg beim DDR-Radio.

Zwischen 1961 und 1965 reiste Hans Bunge auf Einladung des SDS immer wieder in die Bundesrepublik und berichtete auf Veranstaltungen von SDS-Gruppen über seine Theaterarbeit mit Brecht oder referierte über „die soziale Funktion des Theaters am Beispiel Brechts“. Der kommunistische Dichter gehörte damals noch nicht zum germanistischen Pflichtstudium, was dem SDS dank Bunges alternativer Lehrtätigkeit gut besuchte Diskussionsabende einbrachte.¹ Doch dann endete seine Referentenarbeit für den SDS abrupt. Als der Saarbrücker SDS-Vorsitzende Ralf Künzel ihn im Februar 1965 zu Absprachen über weitere Veranstaltungen in Ost-Berlin besuchte, klagte Bunge, er erhalte augenblicklich keine Ausreisegenehmigung mehr in den Westen.² Er bat darum, dass der SDS-Bundesvorstand bei einer geplanten gemeinsamen Diskussionsveranstaltung mit dem FDJ-Zentralrat auf diese Schikane hinweist. Wegen seiner Beziehungen zu Biermann, Havemann und zahlreichen linken Westintellektuellen bespitzelte das MfS Bunge zu dieser Zeit als „ein organisierendes Zentrum revisionistischer, anderer negativer oder schwankender Kräfte in der DDR“. Später, ab 1972, wurde er selbst zum MfS-Spitzel, der „zur Aufdeckung feindlicher Absichten hinsichtlich der Verbreitung feindlicher ideologischer Einflüsse des Sozialdemokratismus, Revisionismus, links-

1 Z. B. in Münster, siehe Horst Grube; SDS Münster: Gruppenbericht an SDS-BV über Sommersemester 1964. SDS-BV; II Gruppen; A Gruppen Nord, B Berlin, C Gruppen West; 1964/1965. APO-Archiv, UA, Freie Universität Berlin.

2 Ralf Künzel; SDS Saarbrücken: Schreiben an SDS-BV v.10.2.65; betr. Schikanen gegen Dr. Bunge (Ausreisegenehmigung). SDS-BV; II Gruppen; D Gruppen Mitte, E Gruppen Süd, F Assoz. Einzelmitgl., G. Gruppen-Zeitungen; September 1964; Teil II. APO-Archiv, UA, Freie Universität Berlin.

anarchistischer Strömungen“ beitragen sollte. „Freund Bunge“, wie Biermann ihn nennt“, bespitzelte nun die Freunde Biermann und Havemann.

Biermann nennt Bunge eine Tui. Doch als nach Biermanns Ausbürgerung der Parteisekretär im Deutschen Theater die SED-Verlautbarung dazu verlas, verließ Bunge demonstrativ die Sitzung. Manfred Krug hatte ihn zuvor als Unterzeichner der Protestresolution gewonnen. In einer Unterredung mit MfS-Oberstleutnant Brosche erläuterte Bunge Anfang Dezember 1976, warum er den Protest unterschrieben hatte. Zugleich habe er, laut Brosches Aufzeichnung, in diesem Zusammenhang aber auch betont, „daß dem MfS seit Jahren seine ehrliche ablehnende Haltung zu Biermann bekannt ist“. Er stehe auch weiterhin positiv zur Politik der SED. Die Ausbürgerung halte er aber für eine „hinterhältige unseriöse Methode“, die er nicht akzeptieren könne.³

Biermann ging im Mai 1990 zu Bunes Beisetzung. Auf Bitte der Witwe sollten Heiner Müller und er einige Worte sagen. Müller sagte etwas über die Zeit der Hyänen, der nun die Zeit der Wölfe folge. Biermann improvisierte angesichts der anwesenden ‚subalternen Kulturschranzen‘ und ‚staatlich subventionierten Feiglinge‘ aus der Akademie der Künste folgendermaßen: „Ich bin nur zum Begräbnis gekommen, weil ich fürchtete, dass Bunge, der ehemalige Wehrmachtsoffizier und Brecht-Schüler, sonst vor Wut die Hand aus dem Grabe streckt. Und wenn der so etwas macht, dann weiß man nie, ob seine Hand gerade Heil Hitler! sagt oder Rot Front!“ Wenn er das wirklich gesagt hat – allerhand!

Ein Vogel, der dem DDR-Staatssicherheitsdienst aus dem Westen zuflog, kommt in Biermanns Buch kurz weg. Sein zeitweiliger Manager Dieter Dehm, damals SPD, heute Linkspartei. Biermann erwähnt, dass er in den Stasi-Akten „detaillierte Tourneepäne, Zuschauerzahlen und die Höhe meiner Konzertgagen“ fand. Eine andere MfS-Überlieferung, die Dehms Führungsoffizier Oberleutnant Helmut Schimm entgegengenommen hatte, enthielt eine Liste mit „Auftrittseinladungen im Rahmen von Veranstaltungen“, die Biermann von diversen kleinen Organisationen, Einrichtungen und Einzelpersonen Ende 1977 bekommen, aber gar nicht wahrgenommen hatte. Nach Oberleutnant Schimm Aufzeichnung hatte Dehms Frau IM „Christa“ die Liste der nicht stattgefundenen Biermannkonzerte abgeliefert. Helmut Schimm qualifizierte sich in dieser Zeit übrigens an der Juristischen Hochschule des MfS mit einer Fachschularbeit über „einige Aspekte in der offensiven Bearbeitung feindlich-negativer Gruppierungen im Operationsgebiet am Beispiel der ‚Komitees für die Freilassung Rudolf Bahros‘ Westberlin“.⁴

Doch neben der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Untergrundfinsterlingen wie Dehm und Schimm finden sich in Biermanns Buch auch die Spuren grenzüberwindender Geistesflüge. Bereits 1965 traf Biermann in der ČSSR den österreichischen kommunistischen Freidenker Ernst Fischer, damals noch Mitglied des Zentralkomitees der KPÖ. Fischer berichtete ihm über die Jahre des großen Terrors, die er im sowjetischen Exil miterlebt hatte, und Fischers Frau Lou Eisler, die mit ihrem damaligen Mann Hanns – Biermanns Mentor – im amerikanischen Exil überlebte, von ihren dortigen Bekanntschaften mit Albert Einstein und Charly Chaplin. Fischer schrieb 1966: „Warum ist die Gitarre des Wolf Biermann und vieler anderer so gefürchtet? Weil in der sozialistischen

3 MfS, HA XX/7; Major Rudolf Brosche: Unterlagen über die Anwerbung von Hans-Joachim Bunge und weiterer Vorgang. BStU, ZA, AIM 17358/79 Bd. I u. II.

4 Fachschulabschluß Oberleutnant Helmut Schimm; MfS, HA XX/ 5; Juristische Hochschule Potsdam. BStU, ZA, MfS - JHS Potsdam, VVS 834/79.

Welt Gedichte auf die Straße gehen, Romane in der Politik widerhallen, Filme zu Gewittern werden.“⁵ In der ČSSR lernte Biermann damals auch Eduard Goldstücker kennen, einen der Inspiratoren des Prager Frühlings, der 1952 im Slansky-Prozess knapp der Todesstrafe entronnen, zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilt und im Zuge der Entstalinisierung rehabilitiert worden war. Goldstücker stand nach der von ihm 1963 initiierten Kafka-Konferenz in Liblice im Mittelpunkt eines europäischen Netzwerks linker Nachdenker wie Roger Garaudy, Jiri Hajek, Robert Havemann, Ernst Bloch und vieler anderer. Fischer erhoffte sich 1966 von diesen Erneuerern „über Grenzen und Mauern hinweg ein Bündnis der Denkenden, der Humanen und daher zutiefst Beunruhigten“ Intellektuellen, deren „gemeinsame Aufgabe“ er darin sah, „in der kapitalistischen Welt, gegen die Dummheit und Brutalität der Herrschenden anzukämpfen“ und „in der sozialistischen Welt, mehr Freiheit und Humanität, mehr Kritik, Kontrolle, demokratische Mitbestimmung zu erreichen“.⁶ Diese Versuchsanordnung hat sich durchaus als geschichtsträchtig erwiesen, wenn auch mit anderen Ergebnissen als von den sozialistischen Reformen Mitte der 1960er Jahre erhofft.

Einer von ihnen, der in Biermanns Erinnerungen nicht vorkommt, war der österreichische Kommunist Franz Marek, geboren 1913 als Ephraim Feuerlicht in Galizien, gestorben 1978 in Oberösterreich. Er konvertierte in jungen Jahren wie einige seiner Zeitgenossen vom Zionismus zum Kommunismus. Er gehörte viele Jahre gemeinsam mit



Franz Marek 1962

Ernst Fischer zum engeren Führungskreis der KPÖ. Seine Abkehr vom Stalinismus erfolgte später als die Ernst Fischers. Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings versuchten beide die KPÖ auf einen besseren linken Weg zu bringen, was misslang. Maximilian Graf und Sarah Knoll gaben 2017 „Lebenserinnerungen und Schlüsseltexte“ Franz Mareks im Wiener mandelbaum verlag heraus. In diesem Jahr erschien nun Mareks Biografie, für die neben den beiden erwähnten Herausgebern noch Ina Markova und Karlo Ruzicic-Kessler verantwortlich zeichnen. Während Ernst Fischer im sowje-

tischen Exil überlebte, kämpfte Franz Marek in der Resistance gegen die deutschen Besatzer. Er fiel 1944 den Gestapohäschern in die Hände und überlebte nur knapp, da die amerikanischen Befreier schneller vorrückten als erwartet. In seinen „Erinnerungen“ die gewissermaßen das Kernstück des Bandes „Beruf und Berufung Kommunist“ sind, bezeichnet Marek „die Jahre der Illegalität“ als „die glücklichste Zeit meines Lebens“. Später sei er einer der „Einäugigen unter den Blinden“ in der KPÖ-Führung gewesen. Auch Marek kam durch Ernst Fischer in Kontakt mit den Reformen in der ČSSR. Jiri Hajek lud ihn 1965 zu Vorträgen an der Prager Universität ein, durch ihn lernte er Jiri Pelikan kennen und weitere Protagonisten der sozialistischen Reform. Nach seiner Trennung von der KPÖ gehörten Rosanna Rossanna und andere von „Il Manifesto“ zu seinen Diskussionspartnern, der Eurokommunist Lombardo Radice und in Deutschland Rudi Dutschke, der ihn häufig in Wien anrief. Dutschkes jüngster Sohn Marek verdankt dem alten Österreicher seinen Vornamen. Vermutlich auf Dutschkes Vermittlung reiste Franz Marek zum „Internationalen Kongress für und über Rudolf Bahro“ im November

⁵ Ernst Fischer: Koexistenz und Ideologie, in: Kunst und Koexistenz, Reinbek bei Hamburg 1966, S. 71.

⁶ Ebd., S. 79.

1978 nach West-Berlin. Dort hielt er am 19. November 1978 die Abschlussrede, in der er betonte, „dass wir gegen die Aushöhlung der Demokratie im Westen und gegen die Perversion des Sozialismus im Osten mit der Fahne des authentischen Sozialismus kämpfen, der revolutionär, demokratisch und humanistisch ist“. Im Kongresspublikum saß damals auch Hans-Joachim Bunge als einer von mehreren inoffiziellen MfS-Besuchern, die berichten sollten, wer sich im Westen „für den inzwischen rechtskräftig verurteilten Staatsverbrecher Bahro“ engagierte. Bunges Berichte über die Solidaritätskampagne für Rudolf Bahro gipfeln in der Verwunderung darüber, dass in deren Verlauf undogmatische Westlinke übereinstimmend Ansichten zu einer „Wiedervereinigung Deutschlands dargelegt“ hätten, „wobei die Parolen der Wiedervereinigung in Freiheit sich wiederholten“. Biermanns Solidaritätsansprache für Rudolf Bahro bezeichnete Bunge als „wirren Beitrag“. Den Herausgebern des Kongressreaders war Franz Marek, wie vielen der seinerzeit Anwesenden, damals ein Buch mit sieben Siegeln. Sein Beitrag ist im Kongressband mit Karl Marek überschrieben.

Die beiden hier besprochenen Bände über Franz Marek schließen eine Lücke in der Geschichtsschreibung über den europäischen und späteren westeuropäischen Kommunismus. Sie sind von den Herausgebern und Autoren mit einem hervorragenden Anmerkungsapparat versehen worden, der die hintergründigen Kontexte des Innenlebens der zeitgenössischen kommunistischen Organisationen und Akteure erschließt. Bedauerlich ist nur die Genderei im Text, die dem feinen Stilisten und studierten Germanisten Franz Marek in keiner Weise angemessen ist. Da ist im Begleittext zu seinen – zum Glück nicht nachtragend gegenderten eigenen Schriften – die Rede von „KommunistInnen“, „ExilantInnen“, „WiderstandskämpferInnen“ sowie einer „ArbeiterInnenbewegung“. Inkonsequent gegendert werden die NSDAP mit ihren „Mitgliedern und Wählern“, wobei in einer Fußnote „NationalsozialistInnen“ ihr Unwesen treiben. Auch „die Intellektuellen“ bleiben vom Genderwahn verschont und die „sowjetischen Besatzer“ auch. Doch da muss durch, wer die Gedankenwelt der kommunistischen Europäers Franz Marek mit seinem schier unglaublichen Lebensweg durch das 20. Jahrhundert verstehen und kennenlernen will.

Ausflüchte, Auswanderung, ZK-Apparat und Revolutionsbibliographie

Jochen Staadt

Egon Krenz: Wir und die Russen. Die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau im Herbst ,89. Berlin 2019, 304 Seiten, € 16,99.

Frank Wolff: Die Mauergesellschaft. Kalter Krieg, Menschenrechte und die deutsch-deutsche Migration 1961-1989. Berlin 2019, 1026 Seiten, 36,00 €.

Rüdiger Bergien: Im „Generalstab der Partei“. Organisationskultur und Herrschaftspraxis in der SED-Zentrale (1946-1989). Berlin 2017, 582 Seiten, 50,00 €.

Reiner Eckert: SED-Diktatur und Erinnerungsarbeit im vereinten Deutschland. Eine Auswahlbibliografie. 2. Aktualisierte, erweiterte und grundsätzlich überarbeitete Auflage. Halle (Saale) 2019, 761 Seiten, 40,00 €.

Egon Krenz fordert am Ende seines Buches fordert Krenz, aus der deutschen Politik müsse „die Russophobie verbannt werden. Deutsche Politiker müssen gegenüber Russland einen anderen Ton anschlagen, der Freundschaft und Zusammenarbeit, nicht ‚Sanktionen‘ und ‚Bestrafungen‘ fördert.“ Eigentlich macht er aber im gesamten Buch die Sowjetunion für alles Möglich verantwortlich – inklusive für das Ende seiner Wende:

„Die Sowjetunion stand an der Wiege der DDR, aber auch an ihrem Sterbebett.“ Als Gorbatschow ihm in einer Botschaft mitgeteilt habe, er wolle bei dem Gipfeltreffen mit dem amerikanischen Präsidenten George Bush auf Malta das Ende des Kalten Krieges verkünden, sei klar gewesen, daß damit den Vereinigten Staaten „ein strategischer Sieg in den Schoß“ fiel, der durch einen heißen Krieg nie zu erreichen gewesen wäre“. Denn, so Krenzens bedeutsame Erkenntnis, „die DDR war ein Kind des Kalten Krieges. Mir war klar: Sollte ein Schlusstrich unter diesen gezogen werden, war zwangsläufig auch das Schicksal der DDR besiegelt.“ Die Behauptung, der Kalte Krieg sei damals beendet worden hält Krenz indes für einen „Betrug und Selbstbetrug“. Es sei lediglich die Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus in Europa beendet worden, „nicht aber die Feindschaft der NATO zu Russland“. Nach dem Ende des Sozialismus sei keine „Wende zum Besseren“ eingetreten, entstanden sei „eine unruhige Welt, in der der Frieden so unsicher geworden ist, wie es seit Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr war“.

Schlechter noch als Gorbatschow kommt im Krenz-Buch Boris Jelzin weg. Gorbatschows Politik habe „zur Tragödie Jelzin geführt und von diesem zum Ende einer Großmacht, die Jahrzehnte Garant dafür war, dass in Europa Frieden herrschte“. Ganz schlimmer Taten bezichtigt Krenz auch ehemalige DDR-Bürgerrechtler, denen er einen „Kniefall vor den Herrschenden“ vorwirft. Sie hätten als Abgeordnete des Deutschen Bundestages „Aggressionskriegen“ zugestimmt, „Rekordsummen für die Rüstung“ bewilligt, und wieder andere ehemalige DDR-Bürgerrechtler hätten selbst Bürgerrechte verletzt, „indem sie auf Bestellung zeit- und themengerecht MfS-Dossiers lieferten“, mit deren Hilfe DDR-Wissenschaftler, Juristen, Ingenieure usw. als „untauglich für die Demokratie“ erklärt wurden. Mit einer echten Enthüllung wartet Krenz im letzten Kapitel seines Buches auf. Wenige Tage nach der Grenzöffnung hätte „eine kleine Gruppe von Jugendlichen“ auf der Montagsdemonstration deutsche Reichskriegsflaggen gezeigt und „Wir sind ein Volk“ gerufen. „Unsere Sicherheitsdienste berichteten mir, dass diese Schreier mit Reisebussen aus der Bundesrepublik gekommen waren. Das war offenkundig der Startschuss zur Umfunktionierung der Leipziger Montagsdemonstration durch Westdeutsche.“ Ach ja und dann behauptet Krenz auch noch, „daß man mir vorwarf, die Mauer aufgemacht zu haben“. Na wer macht denn sowas?

Zur Buchvorstellung im bombastischen Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur in der Berliner Friedrichstraße erschien eine Kompanie alter Kalter Krieger. Viele davon gingen gebeugt mit verhärmtem Blick und am Stock. Aber beim kommunistischen Gruß mit der Faust beseelte die Gesichter der Fans von Egon Krenz ein Lächeln. Man kannte sich noch aus dem FDJ-Zentralrat oder dem SED-Zentralkomitee. Auch zwei einstige Mitglieder des SED-Politbüros waren zugegen, um ihrem früheren Generalsekretär zu lauschen. Was Krenz vortrug, entsprach dann auch voll und ganz der Einheitsmeinung der ehemaligen Einheitspartei. Eigentlich hätten sie gleich die alte Weise anstimmen können: Ach Egon, Egon, Egon, Egon, nur aus lauter Liebe zu Dir....–“

Ganz im alten Sinne verhielt sich auch der Krenz-Verleger Schumann gegenüber einem ZDF-Team, das den Verfasser dieser Zeilen zum Krenz-Buch befragen wollte. Das sollte eigentlich nach dem Interview des ZDF mit Krenz in einem vom Verlag angemieteten Nebenraum geschehen. Eine aufgeregte Mitarbeiterin der Eulenspiegel Verlagsgruppe bat jedoch die ZDF-Reporterin zur Seite und teilte ihr mit, sie könne ja gerne einen Historiker befragen, aber nicht diesen Staadt, dafür stehe der angemietete Raum nicht zur Verfügung. So fand das Interview im benachbarten Kandinsky-Saal statt. Dort war die Luft angenehm frei, denn dort hatten Egon Krenz und sein Verleger, der einstmals beim MfS als IM „Karl“ gelistet war, keine Duftmarken gesetzt.

Egon Krenz bekämpfte in seiner Zeit als Sicherheitssekretär des SED-Zentralkomitees das Menschenrecht auf Reisefreiheit mit allen Mitteln. Am 9. November 1988 unterzeichnete er gemeinsam mit Stasi-Minister Erich Mielke und Innenminister Friedrich Dickel eine „interne Verfügung des Vorsitzenden des Ministerrates für ein einheitliches Vorgehen der staatlichen Organe, Kombinate, Betriebe, Einrichtungen und Genossenschaften zur Zurückdrängung von Antragstellungen auf ständige Ausreise nach dem nichtsozialistischen Ausland“. In der Untersuchung von Frank Wolff über die deutsch-deutsche Migration wird nachdrücklich belegt, welche Bedeutung die massenhafte Antragstellung auf Ausreise aus der DDR für das Ende des SED-Regimes hatte. In seiner Einleitung erläutert der Autor seinen Ansatz folgendermaßen: „Dieses Buch versucht, die Dynamiken der Teilung (von den militärischen Grenzsicherung bis zur ‚Mauer im Kopf‘) und der Verflechtung (von zwischenstaatlichen Verhandlungen bis zum unbezwingbaren persönlichen Übersiedlungswillen) gemeinsam in einer integrierten Zeitgeschichte Deutschlands zu betrachten. Diese Dynamiken bedingten sich gegenseitig und führten in eine Gesellschaftsgeschichte voller Widersprüche. Denn die Mauer zwang zugleich auseinander und zusammen.“ Es sei so eine „Mauergesellschaft“ entstanden, worunter der Autor „grob gesprochen jenen gesellschaftshistorischen Zustand, in dem die durchgrenzte deutsche Gesellschaft aushandeln musste, ob und wie sie noch zusammengehörte. Dabei war die Nation eine großenteils entleerte rhetorische Verweisgröße.“

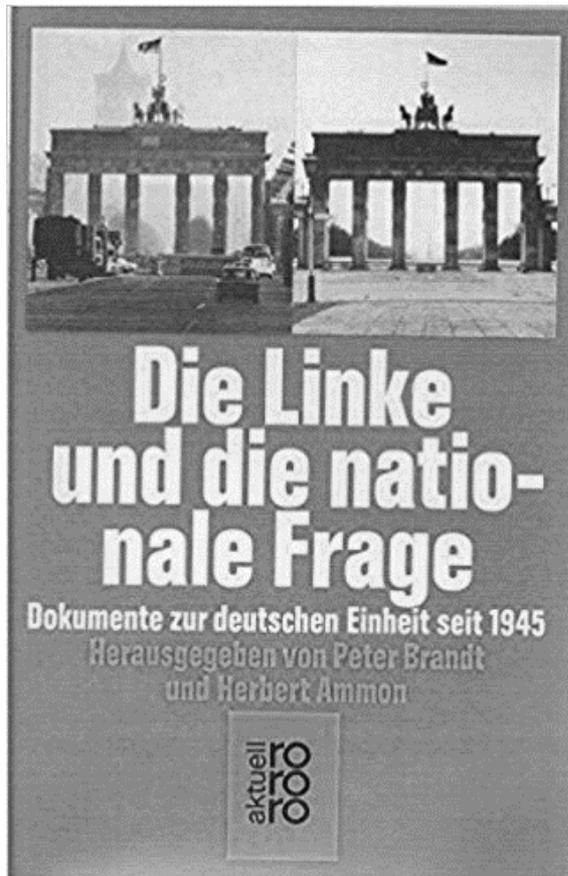
Wolff untersucht die deutsch-deutsche Migration ab 1961 als „Auswanderung aus der DDR“ und wendet sich gegen die „Engführung des migrationshistorischen Blicks“ auf die Einwanderung aus der Fremde. Die millionenfache Migration seit Gründung der beiden deutschen Staaten ist nicht Gegenstand seiner Untersuchung, obwohl sie für das westdeutsche Alltagsverständnis der DDR-Flucht und der nationalen Frage von enormer Bedeutung war. Wolff meint, die erfolgreiche Mobilisierung der Menschenrechtsfrage habe letztendlich die Mauer zum Einsturz gebracht und nicht „die seit 1990 besungene Nation“. Vehement grenzt sich der Autor in diesem Zusammenhang von westlichen Politikern ab, die die Menschenrechtsfrage „als Kampfmittel im Kalten Krieg“ okkupiert hätten.

Zur Menschenrechtsfrage zeige die neuere Forschung, „wie insbesondere NGOs, Aktivistinnen und Verbände, die sich vor allem aus einer engagierten weißen, oft amerikanischen Mittelschicht rekrutierten, die Menschenrechte ab den 1970er Jahren als Ankerpunkt einer neuen moralischen Ökonomie entdeckten“. Durch das Verweissystem auf internationale Vereinbarung sei ein „Epistem des Widerstands gegen Menschenrechtsbrüche“ entstanden, das in der DDR „nicht nur Ausreisewilligen ein diskursives Arsenal“ zur Verfügung stellte, „sondern auch den oppositionellen Friedens- und Menschenrechtsaktivisten oder erkonservativen Kalten Kriegern in der BRD“. Letztere hätten mit „mensenrechtlichem Vokabular“ ihre „in den 1950er Jahren wurzelnden Praktiken der ‚Entlarvung‘ oder der ‚Demaskierung‘ des Kommunismus begrifflich aktualisieren“ gekonnt und sich „wie z.B. in der Sendereihe ‚Hilferuf von drüben‘ des Journalisten Gerhard Löwenthal, nicht ohne jeden Paternalismus selbst als Stimme der Bürgerrechtsbewegung der DDR-inszeniert“.

Gerhard Löwenthal wird in dem besprochenen Buch an zahlreichen Stellen auf über 20 Seiten als besonders übelwollender Zeitgenosse vorgeführt, wobei sich Wolff erstaunlicherweise spiegelbildlich der „Praktiken der ‚Entlarvung‘ oder der ‚Demaskierung‘“ bedient, derer er Löwenthal bezichtigt. Dabei nimmt er es mit Löwenthals Biographie nicht so genau, indem er über ihn schreibt, Löwenthal habe „als Jude den Holocaust, die Konzentrationslagerhaft und das Exil überlebt“ – Löwenthal überlebte jedoch nicht im Exil, sondern durch glückliche Umstände in Berlin. Verständnislos urteilt Wolff über den Gründungsstudenten der Freien Universität Berlin Gerhard Löwenthal, der wie die

meisten seiner Kommilitoninnen und Kommilitonen 1948 zum Antikommunisten wurde und der Berliner Universität Unter den Linden den Rücken kehrte. Dabei war der Auszug von rund 2 000 Studenten aus der Ost-Berliner Universität doch eine ziemlich folgenreiche deutsch-deutsche Migration der ersten Stunde.

Wolffs Argumentation gegen die antikommunistischen Motive Löwenthals und anderer Solidaritätsaktivisten mit Verfolgten in der DDR bewegt sich erschreckend nahe an dem von SED-Seite bemühten Argumentationsmuster, das deren Engagement als „Menschenrechtsdemagogie“ abqualifizierte. So im Hinblick auf die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“ die nach Meinung des MfS die Menschenrechte „zum Vehikel der Konterrevolution, der Einmischung degradiert“. Wolff hält den westlichen Antikommunismus weitgehend für illegitim und subsumiert die Empörung der westdeutschen Parteien und Politiker nach dem Mauerbau unter „Metaphorik des Kalten Krieges“. Auf der westdeutschen Seite der „Mauergesellschaft“ sieht Wolff politische Akteure am Werk, die „auf der öffentlich-politischen Bühne über nichts Geringeres als den Deutungsanspruch über einen Raum, der als Deutschland verstanden wurde, der aber ihrem Zugriff entzogen war“, debattierten. Dies sei mit „einer grenzüberschreitenden Geste“ geschehen, habe sich aber an „eine westdeutsche Öffentlichkeit und Wählerschaft“ gerichtet. Dabei habe der „westliche Diskurs des Kalten Krieges den Freiheits-



begriff“ monopolisiert und „unhinterfragt eine per se freie Welt des Westens gegen die per se unfreie Welt des Ostens“ gesetzt. Dieser westliche Freiheitsbegriff sei lange Zeit „auch auf eine revanchistische Territorialpolitik“ ausgerichtet gewesen, so in der Losung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland „Dreigeteilt? Niemals!“.

Den vielen staatlichen und nichtstaatlichen Bemühungen zur Unterstützung der Brüder und Schwestern im Osten, wie zum Beispiel dem Paketversand durch das „Hilfswerk Helfende Hände“, unterstellt Wolf, dies sei „Hilfe mit Hintergedanken“ gewesen. Über die nach 1975 unter Berufung auf die Schlußakte von Helsinki aktiven Vereine und Organisationen befindet er, sie hätten sich „einer konservativen Menschenrechtsrhetorik verschrieben“ und über den damals „aufstrebenden“ Helmut Kohl meint er, dieser habe „das innenpolitische Kapital der Kombination aus Menschenrechtsrhetorik und Deutschlandpolitik wieder für sich“ entdeckt. Wieso eigentlich „wieder“?

Die zahlreichen linken Kampagnen zur Unterstützung von inhaftierten Oppositionellen in der DDR passen nicht in Wolffs Abqualifizierungsschema der westlichen Mauergesellschaft. Linke Protagonisten der deutschen Einheit tauchen nur kurz als „Exoten“ auf, um sie „kurzum“ folgendermaßen ad acta zu legen: „Ein breites gesellschaftliches Spektrum von der alternativen Szene bis weit ins Herz der Sozialdemokratie richtete sich zusehend in der selbstgeschaffenen Illusion ein, die ‚deutsche Frage‘ habe sich dank der Annäherung erledigt.“ Obwohl Wolff die umfangreiche Untersuchung von Matthias Stangel über „Die Neue Linke und die nationale Frage“ aus dem Jahr 2013 kurz zitiert,

ist ihm diese Seite der deutsch-deutschen Medaille kein Aufhebens wert. „Rudi-nationale“ Dutschke kommt nur einmal mit der aus einer Sekundärquelle beigezogenen Auffassung vor, er und Bernd Rabehl hätten die Mauer „als Ausdruck des Bankrotts sowohl des Kapitalismus als auch des sowjetischen Weges“ verzerrt. Dazu gäbe es allerdings viel mehr zu sagen. Im Februar 1978 berichtete der damals für das MfS als Beobachter zu einem Teach-in der Zeitschrift „Der lange Marsch“ nach West-Berlin entsandte Autor und Dramaturg Hans Bunge, am 18. Februar 1978 hätten sich im Auditorium Maximum der Technischen Universität 2 000 Besucher zu einer Podiumsdiskussion über Rudolfs Bahros „Alternative“ eingefunden. Auf dem Podium saßen unter anderen Wolf Biermann, Peter Bender und Dietrich Staritz. „Übereinstimmend“, schrieb Bunge, „wurde von den sechs Rednern die Notwendigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands dargelegt, wobei die Parolen der Wiedervereinigung in Freiheit sich wiederholten.“ Gleichzeitig sei aber betont worden, daß zur gegenwärtigen Zeit eine Wiedervereinigung nicht zu realisieren sei.

Ungeachtet des linksliberalen Abgrenzungszwangs gegen den herkömmlichen Antikommunismus – von dem freilich auch viele Ausreisewillige aus der DDR beseelt waren – belegen jene Teile der Untersuchung Wolffs, die sich der Migration aus der DDR nach dem Mauerbau als Gesellschaftsgeschichte widmen, auf welche Weise die Ausreisebewegung zum Ende des SED-Staates beigetragen hat. Zu Recht kritisiert der Autor die Herabqualifizierung der „Resistenz durch Sich-Entziehen“ und die Überbewertung der numerisch kleinen Opposition als unterkomplexes Verständnis „der vielfältigen Dynamiken sozialer Bewegungen und Revolutionen“. Denn „anders als im Aufarbeitungsmantra festgeschrieben“, sei es „keine verschwindend kleine Minderheit“ gewesen, „die sich bereit zeigte, aktiv gegen das SED-Regime aufzutreten“ (wie es in einschlägigen Werken der politischen Bildung heißt), sondern auch „Hunderttausende Ausreisewillige“. Diese traten nämlich „unnachgiebig und meist vollkommen auf sich alleine gestellt gegen den Staat auf und rangen ihm das ab, was er mindestens ebenso fürchtete wie kritische Sätze“. Das unkoordinierte und widersprüchliche Handeln der zahlreichen Ausreiseantragsteller qualifiziert Wolff als „derart wirkungsvoll, dass dem SED-Staat die Mauern – die sprichwörtlichen, die papiernen und die zementierten – an vielen Fronten wegbrachen“. Dadurch habe „der Faktor Migration zur friedlichen Revolution und zum Ende des Kalten Krieges“ wirkungsmächtig beigetragen.

Egon Krenz kommt im Personenregister des „Generalstabs der Partei“ nicht vor. Rüdiger Bergien hat ihn dennoch nicht ganz vergessen, im Text wird er mehrfach erwähnt und mit seinen selbstlegitimatorischen Ausflüchten aus dem Jahr 1999 zitiert, die er in seinem Buch über den „Herbst 89“ aufhäuft. Es ist durchaus anregend Frank Wolffs Gesellschaftsgeschichte der endzeitlichen Ausflucht aus dem SED-Staat mit Rüdiger Bergiens finalem Kapitel über „Autoritätsverfall und Selbstauflösung“ der Zentrale des SED-Regimes zu parallelisieren. Bergiens Gesellschaftsgeschichte des ZK-Apparats endet ebenfalls mit einer Fluchtbewegung, „einer lautlosen, rückstandslosen Auflösung der alten Parteizentrale“ und einer Flucht aus der Verantwortung. Der vom Autor befragte ZK-Abteilungsleiter für die Grundstoffindustrie Horst Wambutt erinnert sich, im Dezember 1989 die Losung ausgegeben zu haben: „Rette sich wer kann! Jeder sucht sich ne Arbeit!“ Wambutt selbst, Jahrgang 1932, verdiente sich von 1990 bis 1997 sein Geld als Lagerarbeiter, Verkaufsleiter und schließlich Außendienstmitarbeiter einer Maschinenfabrik. Während hunderttausende keinen Sinn mehr darin sahen, im sozialistischen Staat zu bleiben und ihm mit Ausreiseanträgen ihr grundsätzliches Mißtrauen aussprachen, verloren die Mitarbeiter des „Überstaates“ (so Rudolf Bahros Definition der ZK-Bürokratie), das Vertrauen in die Wirkungsmacht ihres Organisationsapparates und der ihn ummantelnden Ideologie. Im Unterschied zur bräsigen Selbstzufriedenheit, mit

der sich Egon Krenz in der Öffentlichkeit präsentiert, möchten viele frühere Mitarbeiter des ZK-Apparates nicht mit offenem Visier auftreten. Nur sechs der 26 von Bergien als Zeitzeugen interviewten ehemaligen ZK-Mitarbeiter zeigten sich bereit, mit ihrem bürgerlichen Namen für ihre Funktionärstätigkeit einzustehen.

Bergiens Ausgangsthese zur Untersuchung des zentralen Parteiapparats in der SED-Herrschaftsordnung lautet, Partei herrschaft sei nicht als statischer Zustand vom Anfang bis zum Ende zu verstehen, sondern „als ein dynamisches Beziehungsgefüge zwischen Individuen, Gruppen und Institutionen“. Die zentrale Parteibürokratie sei „Teil der ostdeutschen Gesellschaft“ gewesen und „durch deren Wandel beeinflusst“ worden. Die SED-ZK-Funktionäre seien „trotz ihrer Zugehörigkeit zu einer politischen Elite bzw. einer ‚politischen Klasse‘ gesellschaftlich derartig eingebettet“ gewesen, dass sie keine „Neue Klasse“ bildeten. Vielmehr hätten sie „die Differenzierung der ostdeutschen Gesellschaft“ abgebildet. Bergien meint, es gäbe keinen Grund, „dem Selbstbild der Partei von der Einheit und Einheitlichkeit ihrer Funktionäre zu folgen“, da „auch kommunistische Parteiapparate in ihrer Entwicklung einer Grundtendenz des Organisationsverhaltens folgten, der funktionalen Differenzierung“ im Luhmannschen Sinn.

Da es sich bei den sozialgeschichtlichen Untersuchungen Wolffs und Bergiens um Habilitationsschriften handelt, sind sie reich an Thesen und hochmögenden Bezügen. Wer nicht alle Thesen lesen und verdauen möchte, findet in den empirischen Kapiteln, die auf eine weite Quellenbasis aufbauen, genügend Stoff zum Verständnis der historischen Abläufe. Bergien stützt seine Analyse auf einen großen Fundus an SED- und MfS-Überlieferungen, auf Angaben von westlichen Spionen, die im ZK-Apparat als technische Mitarbeiter beschäftigt waren, auf BND-Überlieferungen, Zeitzeugenaussagen und einen Berg von Sekundärliteratur. So entsteht ein durchaus mehrdimensionales Organisationsporträt mit vielen Details aus dem Alltag im „großen Haus“. Leider fehlen in Bergiens Darstellung einige für das Thema wichtige Ereignisse der Organisationshistorie. So findet im Abschnitt über die „Blütezeit der Kommissionen“ in der Ära Ulbricht die Jugendkommission mit ihrem durchaus folgenreichen Kommuniqué „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“ keine Erwähnung. Die Auseinandersetzung um die Jugendkommission belegt aber überdeutlich die Einbindung von Teilen des ZK-Apparats in den Streit um Gestaltungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Prozesse. Der Widerstand, dem schließlich das Jugendkommuniqué zum Opfer fiel, formierte sich gegen die von Ulbricht berufenen Reformer um Kurt Turba maßgeblich aus dem Parteiapparat und dem dort installierten Gefolge Erich Honeckers. Das 11. ZK-Plenum legte dann mit seinem großen Donnerwetter die Versuchsordnung der Turba-Gruppe zu den Akten – da war Bewegung im Apparat.

Das Fazit des Autors lautet, „dass nach dem Abschluss der Machtdurchsetzung“ in den 50er Jahren der weitere Machterhalt des zentralen Parteiapparats „nur auf dem Wege der funktionalen Differenzierung dieser Zentrale und über ihre nachahmende Angleichung an staatliche und gesellschaftliche Institutionen möglich war“. Durch diese „Assimilation“ an Staat und Gesellschaft aber habe der Parteiapparat die politische Exklusivität und Legitimität verloren, um seine „führende Rolle“ im Moment der Krise noch wahrnehmen zu können. So „fiel der ZK-Apparat im Herbst 1989 als Machtorganisation aus“. Man könnte auch sagen, das volkseigene Bewußtsein ließ den Herrschenden gar keine andere Wahl.

Krenz, Egon ist in Reiner Eckerts Bibliographie mit drei Titeln vertreten, das ist einer weniger als Kohl, Helmut. Zu Brandt, Willy gibt es nur einen Eintrag und Genscher, Hans-Dietrichs Memoiren bleiben unerwähnt. Das ist unausgewogen, da Wolf, Markus

es dreimal in Eckerts Bücheruniversum schafft. Etwa 9 000 Titel hat er in seiner Auswahlbibliographie berücksichtigt und in zehn thematisch gegliederte Abschnitte eingepflegt. Publikationen zur „Ausreise“ finden sich unter IX.4 mit Entführungen, Flucht, Fluchthelfern, Flüchtlingen, Freikauf und Vertreibung auf zusammen elf Seiten aufgelistet. Die „Bürgerbewegung 1989“ in den Kapiteln VII (allgemein) und VIII (regional) füllt 158 Seiten. In den Kapiteln IV, V und VI sind Texte zu Widerstand, Opposition, Bürgerbewegung (allgemein und regional) versammelt, und Kapitel X zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953. enthält auf 185 Seiten Texte zu Terror, politische Repression und Verfolgung sowie Zensur und bewaffnete Kräfte. Sämtliche Kapitel sind jeweils nach thematischen oder regionalen Schwerpunkten untergliedert. In seiner Einleitung legt Reiner Eckert seinen Standpunkt zur Bedeutung der Geschichtspolitik und Erinnerungskultur dar, der sein bibliographisches Mammutwerk dienen soll: „Die Kraft der historischen Erinnerung lebt von ihrer ständigen Vergegenwärtigung. Um die Verbindung zwischen 1989/90 und der Gegenwart vielen Menschen vertraut zu machen, benötigen wir in Deutschland ein breites und vielfältiges Engagement für die Demokratie und eine aktive Erinnerungskultur. Nur durch den alltäglichen Umgang jedes Einzelnen mit den Werten Freiheit in Verantwortung, Erinnern und Gestalten, Solidarität, individuelle Entwicklung und Verpflichtung auf das Allgemeinwohl werden die Deutschen sowohl dem Erbe der friedlichen Revolution als auch ihrer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gerecht.“ Für den „alltäglichen Umgang“?! Für Reiner Eckert als ehemaligen Leiter des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig mag es angehen, aber für den „alltäglichen Umgang jedes Einzelnen“ ist das wohl etwas zu viel verlangt. Auch wenn die in der alten Bundesrepublik entstandenen wissenschaftlichen Untersuchungen in dieser Auswahlbibliographie vom Autor „nur in strenger Auswahl berücksichtigt“ wurden und auch wegweisende Beiträge aus der Zeit nach der Wiedervereinigung fehlen, liegt mit Eckerts Fleißarbeit ein gewichtiges Nachschlagewerk für die Literatursuche zur friedlichen Revolution vor. Der Fleißigste unter den Erinnerungsarbeitern ist laut Nennungen im Autorenregister übrigens Reiner Eckert selbst.

Unterkomplexe Erinnerung

*Theo Waigel: Ehrlichkeit ist eine Währung. Erinnerungen
Berlin: Econ 2019, 352 S., 24€.*

Peter März

Nun haben also alle drei ihre Memoiren vorgelegt, die im Regierungsamt wesentlich (jedenfalls auf westdeutscher Seite) Wiedervereinigung und Einführung des Euro gestalteten – die diffizile Frage nach der Mitwirkung von Ghostwritern einmal beiseitegelassen: Helmut Kohl in drei Bänden, die bis 1994 reichen, Hans-Dietrich Genscher mit nur einem Band, aber stattlichen fast 1 100 Seiten, und jetzt auch der CSU-Vorsitzende von Ende 1988–1998, heutige (Co-)Ehrevorsitzende der Partei und Bundesfinanzminister von Frühjahr 1989 bis zum Wahlsieg von Rot-Grün 1998, Theo Waigel. Waigel kommt einschließlich Literatur- wie Quellen(!)-Verzeichnis samt Personenregister und einem gnädigen großen Satz auf sehr bescheiden anmutende 344 Seiten, bescheiden zumal mit Blick auf Vielfalt und Dichte seiner politischen Biographie. Auf knackigen gut 300 Seiten ließen sich gleichwohl, problembezogen und reflexiv vertieft, vielerlei spannende Botschaften vermitteln. Bei Waigel kommt ein gewisser zeitgeschichtlicher Objektivitätsanspruch hinzu, untermalt durch die Auflistung einer Vielzahl von Quellen aus dem Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung (S. 333 f.). Es scheint eine Art Unsitte zu werden, dass Memoirenschreiber für sich in Anspruch nehmen, mehr als ihre sehr persönliche Sicht, unterlegt durch die Erfahrungen eines Rückblicks, darzustellen. Wer

sozusagen beides sein möchte, (früher aktiver) Zeitgenosse und späterer Historiker, wird jedoch am Ende keiner von beiden Rollen gerecht werden können.

Theo Waigel nimmt für sich in Anspruch, als Mensch mit der noch soliden Bildung der frühen Nachkriegszeit der Stenographie mächtig zu sein und alle wichtigen Besprechungen und Konferenzen, an denen er teilnahm, wortwörtlich oder doch zumindest weitestgehend vollständig aufgezeichnet zu haben, darunter die Rededuelle in Kreuth 1976, als sich die CSU-Landesgruppe für die Trennung von der Unionsfraktion entschied, die Gespräche von Franz-Josef Strauß an den letzten Tagen des Jahres 1987 im Kreml, vielerlei Besprechungen mit Strauß und Kohl, vermutlich auch wertvolle Texte aus der gemeinsamen wie konfliktreichen Zeit mit Edmund Stoiber, vor allem die Verhandlungen Mitte Juli 1990 in Moskau und im Kaukasus, durch die die deutsche Wiedervereinigung endgültig festgezurrt wurde. Wenn das so ist, und man hat beileibe keinen Anlass, daran zu zweifeln, dann stellen sich zwei Fragen: Weshalb hat der Autor von diesem Schatz für sein Memoirenwerk einen nicht viel umfänglicheren Gebrauch gemacht, und weshalb gelangen die Leser nicht in den Genuss eines Dokumentenanhanges oder vielleicht sogar eines eigenen Dokumentenbandes? Mit solcherlei Quellen zu Vorgängen und Begebenheiten wäre jedenfalls dem historischen Erkenntnisinteresse in vorzüglicher Weise Rechnung getragen. Stattdessen sieht sich der Leser vor allem mit einer Aneinanderreihung plastischer Anekdoten konfrontiert. Sie vermenscheln und banalisieren komplizierte Vorgänge, zumal in der Finanz- und Währungspolitik, und vermitteln die Botschaft, dass alles irgendwie schon seine Richtigkeit hatte. Mit leicht unterlegter Süffisanz gaben *FAZ* und *Handelsblatt* gleich nach der Präsentation des Buches diesen Eindruck so wieder („Mister Euro würde es wieder so machen“ in der *FAZ* vom 12. April 2019, vgl. auch die gnädig-süffisante Rezension in der *FAZ* vom 30. April 2019).

Nicht zu Unrecht wurde bemerkt, dass Waigels zentrale und positive Bezugsperson Helmut Kohl war, dem ein sehr umfängliches und überaus wohlwollendes eigenes Portrait gewidmet wird. Beide verfolgten für die historische Grundierung ihrer Politik sehr ähnliche, ja geradezu identische Argumentationsmuster: Sie verwiesen, bei Waigel wird das geradezu überbordend, auf ihre je eigene, im positiven Sinn verortete „provinzielle“ Abkunft aus dem süddeutschen Raum, Kohl aus der (bis 1946 bayerischen) Pfalz, Waigel aus dem katholischen bayerischen Schwaben, einer ländlich-voralpinen Region, barock, erdverbunden und bei all dem doch nicht bayerisch im Sinne der bajuwarischen Ethnie, in der nicht zuletzt Waigels langjähriger Widerpart Edmund Stoiber beheimatet ist. Bei Waigel wie Kohl tritt der Wechselbezug von regional-süddeutscher und europäischer Beheimatung, europäisch im karolingisch-westeuropäischen Sinne, deutlich hervor; das nationale Moment tritt eher zurück. Vielleicht ein wenig überschießend könnte man auch zu dem Ergebnis gelangen: Beide, Kohl wie Waigel, haben die Wiedervereinigung Deutschlands realisiert, weil sie mit einem Mal auf die historische Tagesordnung gesetzt worden war, aber ihre Emotionen galten stärker dem Projekt einer immer weitergehenden europäischen Integration; für Kohl macht das Hans-Peter Schwarz in seiner Biographie des Kanzlers aus der Pfalz ganz deutlich, für Waigel (und vermutlich auch den unmittelbaren Vorgänger von Edmund Stoiber als bayerischer Ministerpräsident, Max Streibl, der in Waigels Memoiren allenfalls gestreift wird) wäre das zeitgeschichtlich noch weiter auszuführen.⁷ Schließlich wird zwischen den Zeilen erkennbar: Helmut

⁷ Reizvoll wäre es im Übrigen auch, im Zusammenhang damit der Frage nachzugehen, ob nicht die jetzige besondere Gewichtung des Heimatgedankens aus Münchener und CSU-Sicht, vergleiche die Ausgestaltung des Bundesinnenministeriums unter Horst Seehofer auch als Heimatministerium, insofern einer Linie folgt, die Nation und Nationalstaat trotz der Wiedervereinigung und der Wiederherstellung des Nationalstaates möglichst tief hängen möchte. Heimat fungiert also quasi als Surrogat

Kohl stand Theo Waigel näher als Franz-Josef Strauß, der CSU-Vorsitzende aus dem bayerischen Schwaben war über ein Jahrzehnt gewissermaßen so etwas wie virtuell (auch) CDU-Mann. In der Konfrontationssituation von Kreuth 1976 stand er wie nicht wenige andere innerlich auf CDU-Seite und wäre wohl parteipolitisch, hätten sich die Wege getrennt, den Weg in eine bayerische CDU gegangen.

Es fällt auf, dass Kohl wie Waigel für ihre unbedingte europäische Sicht gerne die Erfahrungen aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges und vor allem jeweils den Verlust eines Bruders geltend machen, der auf den Schlachtfeldern sein Leben lassen musste. Bei Waigel werden die von ihm lange nach dem Tod seines Bruders „Gustl“ gelesenen Briefe aus dem Jahr 1944 förmlich zu einer Schlüsselerfahrung und gewinnen eine Art Ankerqualität. Ferner: Kohl wie Waigel waren weder ökonomisch und fiskalisch sonderlich kompetent noch konzidierten sie den Gesetzmäßigkeiten der Ökonomie einen hohen, gegebenenfalls dominanten Stellenwert. Beide verfochten innen- wie europapolitisch einen Primat der Politik über die Ökonomie. Daran knüpfen sich zwei förmlich klassische Feststellungen aus diesem „Lager“, die uns in den Waigel-Memoiren einmal mehr geradezu klassisch begegnen: Es gebe keinen Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung, Aufgabe der D-Mark und Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung. Waigel wörtlich: „Noch immer wird in diesem Zusammenhang kolportiert, die gemeinsame europäische Währung sei der Preis gewesen, den Deutschland für die Wiedervereinigung habe zahlen müssen. Diese haltlose These gehört endlich ins Reich der Legenden verwiesen.“ (S. 221) Bei der Ausarbeitung des Maastricht-Vertrages mit dem Schwerpunkt der künftigen europäischen Währung und schließlich bei deren Implementierung in den weiteren neunziger Jahren (Stichwort Stabilitätspakt) sei alles richtig gemacht worden: Feste Kriterien für die Teilnahme an der europäischen Währung, Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, keine kodifizierte Verantwortlichkeit zur Entlastung überschuldeter Mitgliedstaaten durch die Gesamtheit der Euromitgliedstaaten.

Für beide Argumentationsgänge wird man heute mit guten Gründen sagen können: Rechtspositivistisch bzw. legalistisch zutreffend, im Hinblick auf die tatsächlichen Wirkungszusammenhänge aber grundsätzlich verfehlt. Eine Rückschau über die Jahrzehnte sollte heute daher so ehrlich sein, sich einzugestehen, dass formale Regelungen auf der einen und faktische, zumal machtpolitische Wirkungszusammenhänge auf der anderen Seite eben sehr unterschiedliche Kategorien sind – oder frei nach Aristoteles: falscher Inhalt bei richtiger Form. Die heutige Literatur zum Gesamtzusammenhang, ob eher betont integrationsfreundlich wie bei Werner Weidenfeld, ob eher eurokritisch wie bei Hans-Peter Schwarz, ob eher „neutral“ wie bei Andreas Rödter, ist sich denn auch, ob mit positiver oder negativer Bewertung, in der Sache dahin weitestgehend einig: Es gibt einen zwar mittelbaren, aber politisch und wirtschaftlich umso bedeutungsvolleren Zusammenhang. Am prägnantesten kann man den tatsächlichen Gesamtzusammenhang heute vielleicht bei Werner Abelshäuser nachlesen:

„Der Euro wäre wohl früher oder später auch ohne die Kohlsche Morgengabe an Frankreich gekommen, dann aber möglicherweise unter anderen Rahmenbedingungen.“⁸ Wer wollte, konnte ja schon in den neunziger Jahren sehen, dass die Vielzahl an formalen Regelungen zur Ausgestaltung des Euro als wertbeständiges Geld im Krisenfall an den Interessen wie an den unterschiedlichen ökonomischen und fiskalischen Kulturen der Mitgliedsstaaten scheitern könnte und würde – insofern mag der Fall Griechenland nicht

für etwas aus deutscher Sicht im EU-Europa zunehmend als nicht mehr tragfähig und immer weniger legitimiert Gesehenes: Nation und Nationalstaat.

8 Werner Abelshäuser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, München 2011, S. 274.

vorhersehbar gewesen sein, aber doch all die Krisenfälle mit Italien an erster Stelle, die in den ökonomischen Kulturen vor allem der mediterranen Mitgliedsstaaten begründet waren und sind. Wie sehr Theo Waigel in seinen Memoiren über diese „Ersünde“ hinweggeht, wird an dem Umstand deutlich, dass er zwar mit Genugtuung darauf verweist, den bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-internen Rivalen Edmund Stoiber am Ende mit harten Drohungen für dessen Zustimmung zum Beginn der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion gewonnen zu haben. Die CSU ist damals an dieser Frage nicht zerbrochen, Stoiber drehte bei, er wagte 1998 nicht, sich im Konflikt wirklich konsequent gegen Kohl und Waigel zu stellen, für sich trifft diese Schilderung also schon zu. Für den Duktus dieses ganzen Buches aber bezeichnend ist zugleich, dass der eigentliche intellektuelle und ordnungspolitische Widerpart des damaligen Kohl-Waigel-Lagers, der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, eben nicht beidrehte. Liest man heute beispielsweise Biedenkopfs einschlägiges Interview mit dem *Spiegel* aus dem Jahr 1997, dann ist man immer noch über die prognostischen Fähigkeiten Biedenkopfs erstaunt; vor nun über zwei Jahrzehnten sagte er bereits die späteren Euro-Turbulenzen vor dem Hintergrund unterschiedlicher ökonomischer Kulturen im Euro-Raum voraus. Biedenkopf aber spielt bei Waigel ebenso wenig eine Rolle wie der Rücktritt von Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl bereits 1991, offenkundig veranlasst sowohl durch die wirkungslose Kritik der Bundesbank an der innerdeutschen Währungsunion wie an der sich abzeichnenden europäischen Währungsunion.

Gewiss: Man kann die Ordnungspolitiker und deren Stringenz politisch überspielen. Aber zum einen sollte man sich dazu dann auch wirklich bekennen, und zum anderen muss man dann der Tatsache ins Auge sehen, dass ökonomische Versäumnisse irgendwann vor der Tür stehen. Das ist wie im Falle versäumter Therapien, weil unerwünschte Diagnosen ignoriert worden waren. Natürlich hat Waigel recht, wenn er betont, dass, nachdem zwei Jahre zuvor Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing bereits das Europäische Währungssystem geschaffen hatten, die Europäische Währungsunion schon auf der Tagesordnung stand und vorkonzipiert war, als er Bundesfinanzminister wurde. Die einschlägigen Beschlüsse von Hannover lagen 1989 schon gut ein Jahr zurück. Aber Dynamik und Richtung des Prozesses, der nun in Gang gesetzt wurde, hingen wesentlich mit der deutschen Wiedervereinigung zusammen, mit der Intention, die deutsche Atombombe (so *François Mitterand*) der D-Mark zu entschärfen, und mit dem Wunsch Helmut Kohls, über eine europäische Währung die Einbindung Deutschlands unumkehrbar zu machen. Die von Bundesbank und ökonomischen Kompetenzen in Deutschland vertretene „Krönungstheorie“, das Konzept, eine europäische Währung erst dann zu schaffen, wenn tatsächlich Schuldenstände und ökonomische wie fiskalische Kulturen in Europa kompatibel seien, diese Theorie wurde nun einmal auf dem Altar der Politik von Mitterand, Kohl (und auf der zweiten Ebene Theo Waigel) geopfert. Hinter diese Erkenntnisstände sollte man heute nicht mehr zurückgehen. Hier zeigt sich: Der Buchtitel des Juristen Waigel von „Ehrlichkeit als Währung“ mag formal Bestand haben können, „materiell“ scheint er zweifelhaft.

Es bleiben bei ihm zwei weitere Positionen: Zum Ersten verweist er auch in seinen Memoiren auf seine „Erfolge“, der europäischen Währung den Namen „Euro“ gegeben und die europäische Zentralbank auf deutschem Boden, in Frankfurt am Main, installiert zu haben. Das ist schon alles richtig – nur stellt sich die Frage, ob das vor dem Hintergrund der sachlich tatsächlich erstrangigen Festlegungen nicht Placebo-Medikamente waren. Zum Zweiten verweist Waigel auch darauf, dass die Bundesrepublik mit einer fortbestehenden D-Mark unter den Bedingungen der Weltfinanzkrise seit 2008 in die größten Turbulenzen gekommen wäre: Es hätte enorme Aufwertungen, Rückschläge für die Exportindustrien und die entsprechenden Rückwirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt

gegeben. Das, was in den letzten Jahren zur Stabilisierung des Eurosystems aufgebracht werden musste, sei durchaus vergleichbar mit den Größenordnungen der Abfederung der Turbulenzen zwischen den europäischen Währungen seit den siebziger Jahren. Hier wie da seien notgedrungen Hunderte von Milliarden bewegt worden.

Mit Spekulationen und kontrafaktischen Überlegungen ist das aber immer so eine Sache. Die wirtschaftlichen Erfahrungen der Bundesrepublik seit den sechziger Jahren mit mehrfachen Aufwertungen der D-Mark waren nicht schlecht: Sie führten zu günstigen Importpreisen, man denke an Rohstoffe wie an das Preisniveau für die Verbraucher; hier lag eine stete Motivation für die gewerbliche Wirtschaft, sich vor allem qualitativ auf den Weltmärkten durchzusetzen. Damit verglichen ist der heutige Exportboom auf der Grundlage eines relativ schwachen Euro und einer Null-, ja geradezu Minuszinspolitik der Europäischen Zentralbank, eher Droge als Motivation und kann im Ergebnis dazu führen, die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft tendenziell zu schwächen. Ein solides und ehrliches Reflektieren müsste diese unterschiedlichen Wirkungsfaktoren gegeneinander saldieren. Was wäre wenn, das ist oft fadenscheinige Apologie, wenn harte Argumente auszugehen drohen. Was wäre aus Deutschland geworden, wenn die Römer die Varusschlacht oder die Österreicher 1866 bei Königgrätz gegen die Preußen gewonnen hätten? So what ... Gewiss, Manches lässt sich ja nochmals mit Schmunzeln und mit Gewinn nachlesen: So der Konflikt zwischen Kohl und Strauß, als Letzterer darauf bestand, dass Kohl den DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker keinesfalls in der Bundesrepublik willkommen heißen dürfe, weil an dessen Händen ja Blut klebe – worauf Kohl erwiderte, an den Händen all der afrikanischen Potentaten, die sich mit Strauß trafen, klebe ja jede Menge Blut, und worauf die Lage zu eskalieren drohte und die Kontrahenten den Raum verließen. Zurück blieben für die CSU Theo Waigel und für die CDU Gerhard Stoltenberg, und Letzterer erklärte in seiner trockenen norddeutschen Art, von dieser Szene solle die Presse besser nichts erfahren. Am Ende empfing, wie allgemein bekannt, nicht nur Helmut Kohl im September 1987 Erich Honecker in Bonn, sondern im Rahmen der höchstrangigen Visite aus Ost-Berlin kam Honecker dann auch nach München mit großem Festessen in der alten Residenz der Wittelsbacher und einer Rede von Strauß, die es allerdings in sich hatte. In ihr las er Erich Honecker noch mehr und deutlicher die Leviten als es dem SED-Chef zuvor in Bad Godesberg durch den Bundeskanzler widerfahren war. Darauf hätte Waigel mit gutem Grund verweisen können. Stattdessen unterlief dem Lektorat der Fehler, den wesentlich von Strauß vermittelten Milliardenkredit an die DDR in das Jahr 1986 zu platzieren (S. 107); tatsächlich erhielt die DDR den ersten von insgesamt ja zwei Milliardenkrediten am 29. Juni 1983,⁹ also bereits rund zehn Monate, nachdem Helmut Kohl Bundeskanzler geworden und damit auch die CSU in Bonn wieder zur Regierungspartei avanciert war. Damit war Strauß von nun an und damit für die letzten fünf Jahre seines Lebens mit einem Mal *persona grata* in der DDR und schließlich sogar in der Sowjetunion.

Mag das Jahr 1986 in den Waigel-Memoiren auch ein unschöner Schreibfehler sein, so ist doch typisch, dass die weiteren Turbulenzen, die der Milliardenkredit für das CSU-Lager mit sich brachte, zwar erwähnt, in ihrer Reichweite aber doch nicht wahrgenommen werden: Von den Republikanern als zeitweisen Konkurrenten nicht nur in Bayern, weitgehend vom Fleisch der Unionsparteien, ist dann nicht mehr die Rede. Diese „Erinnerungen“ sind eben leider nicht nur bei der Schilderung von Schlüsselszenen und zentralen Abläufen unterkomplex. Selbst da, wo man dem Autor nicht folgen würde, hätte er jedenfalls die Chance gehabt, seine Sicht, seine Kontexte, sein jeweils geltendes Bedingungsgefüge, seine Interessenlage umfänglicher, durchgängiger und plausibler zu

9 Horst Möller: Franz-Josef Strauß. Herrscher und Rebell, München und Berlin 2015, S. 592.

vermitteln. Stattdessen dominiert eine provinzielle, anekdotengestützte Selbstgewissheit, möglicherweise geschult an der Dramaturgie von Talkshowrunden, wie sie heute das öffentlich-rechtliche Palaver prägen. Man kann es natürlich so machen, aber man tut damit auch und gerade der eigenen Sache keinen großen Gefallen. Und ob sich mit der ja nun einmal unbestreitbaren Apologie der Titel „Ehrlichkeit ist eine Währung“ wirklich bruchlos verträgt, ist eine Geschmacksfrage. Messlatten sollten nicht zu hochgelegt werden.